

Jahresbericht 2007
des Verwaltungsgerichtes
des Kantons Graubünden

An den Grossen Rat des Kantons Graubünden

Sehr geehrter Herr Landespräsident,
Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir beehren uns, Ihnen nachstehend im Sinne von Art. 31 Abs. 2 GVG über die Tätigkeit des Verwaltungsgerichtes während des Jahres 2007 Bericht zu erstatten.

I. Gerichtsorganisation

1. Personelles

Präsident:	Schmid Johann Martin, Dr. iur., von Küblis und Jenaz, in Grüşch	V
Vizepräsidenten:	Priuli Agostino, lic. iur., von Chur und Arvigo, in Chur	V
	Meisser Urs, Dr. iur., von Davos, in Davos Monstein	V
Richter:	Conrad Peter Curdin, Dr. iur., von Andeer, in Chur	N
	Grass Wieland, von Urmein, Flerden und Zernez, in Urmein	N
	Wieser Marc E., Dr. iur., von Tarasp, in Zuoz	N
	Brunner Josef, lic. iur., von Domat/Ems, in Ilanz	N
	Nievergelt Thomas, lic. iur., von und in Samedan	N
	Tenchio-Kuzmic Kristina, Dr. iur., von Dietikon, Verdabbio und Rossa, in Chur	N
	Moser Jacqueline, lic. iur., von Arni und Herrliberg, in Flims	N
	Parolini Patrizia, lic. iur., von Poschiavo, in Chur (bis 31.1.)	N
	Stecher Robert, lic. iur., von Sumvitg, in Chur (ab 1.2.)	N

Aktuare:	Passini Hanspeter, lic. iur., von Poschiavo, in Paspels	V
	Krättli-Keller Monica, lic. iur., von Buseno, in Trimmis	TZ
	Gross Beat, lic. iur., von Tschier, in Chur	V
	Zürn Stefan, lic. iur., von Küblis, in Chur	V
Kanzleichef:	Saurer Hans-Jörg, von Sigriswil, in Chur	V
Sekretärinnen:	Sommer Silvia, von Grabs, in Chur	V
	Hartmann Margrit, von Chur und Lügen, in Chur	TZ

V = Vollamt N = Nebenamt TZ = Teilzeit

Als Substitute beschäftigte das Gericht in der ersten Jahreshälfte lic. iur. Mario Thöny, Grünsch, und lic. iur. Lionella Maria Zanolari, Chur, in der zweiten Jahreshälfte lic. iur. Matias Bänziger, Trimmis, und lic. iur. Martina Rusch, Zillis. Wie üblich wurden daneben je nach Bedarf verschiedene Aktuarinnen und Aktuare ad hoc eingesetzt.

Auf den 31. Januar 2007 trat lic. iur. Patrizia Parolini als Verwaltungsrichterin zurück. Sie hatte ihr Amt am 1. Januar 2005 angetreten. An ihrer Stelle trat am 1. Februar 2007 lic. iur. Robert Stecher das Amt als Verwaltungsrichter an.

Die verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Zuständigkeiten und die Besetzung der Kammern sind wie folgt geregelt:

Kammer 1 (Nievergelt/Tenchio-Kuzmic)

Alters- und Hinterbliebenenversicherung

Arbeitslosenversicherung

Berufliche Vorsorge (ohne Invalidität)

Ergänzungsleistungen

Erwerbsersatzordnung

Familienzulagen

Gewerbepolizei

Konzessionen

Übrige Polizei

Personalrecht

Strassenrecht

Politische Rechte

Aufenthalt, Niederlassung, Bürgerrecht

Öffentliche Dienste

Öffentliche Sachen
Wasserwirtschaft

Kammer 2 (Moser/Stecher)

Landwirtschaft
Invalidenversicherung
Krankenversicherung
Militärversicherung
Unfallversicherung
Berufliche Vorsorge (nur Teil Invalidität)
Submissionen
Gesundheitswesen
Grundbuch
Opferhilfe
Grundstückwerb durch Personen im Ausland
Erziehung und Kultur
Sozialhilfe
Unentgeltliche Rechtspflege

Kammer 3 (Conrad/Brunner)

Steuern und Abgaben aller Art
Perimeter und übrige Beiträge
Gebühren
Enteignung
Fremdenpolizei
Amtliche Schätzung
Katastrophenhilfe, Feuerwehr und Zivilschutz

Kammer 4 (Grass/Wieser)

Bauen ausserhalb der Bauzonen
Baurecht
Natur-, Heimat-, Denkmalschutz
Ortsplanung
Umwelt- und Gewässerschutzrecht
Waldrecht
Strassenrecht
Gebäude- und Elementarschäden

2. Verwaltungsrechtspflege

Auf den 1. Januar 2007 war das neue Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (VRG) in Kraft gesetzt worden. Dieses Gesetz brachte das verwaltungsgerichtliche Verfahrensrecht auf den neuesten Stand der Bedürfnisse, ohne allerdings fundamentale Änderungen herbeizuführen. Immerhin ist zum ersten Mal das Verfahren im Rahmen der Verfassungsbeschwerde detailliert geregelt, wobei nun auch in diesem Verfahren eine 30-tägige bzw. bei Eingriffen in das Stimm- und Wahlrecht eine 10-tägige Anfechtungsfrist gilt. Neu ist im Weiteren eine einzelrichterliche Kompetenz vorgesehen für Fälle, bei denen der Streitwert 5000 Franken nicht überschreitet und keine Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung zu beurteilen sind (Art. 43 Abs. 3 VRG). Schliesslich ist in Art. 78 Abs. 2 VRG neu vorgesehen, dass Bund, Kanton und Gemeinden sowie Organisationen mit öffentlich-rechtlichen Aufgaben in der Regel keinen Anspruch auf Parteientschädigung besitzen, wenn sie in ihrem amtlichen Wirkungskreis obsiegen. Damit seien einzelne markantere Neuerungen erwähnt. Die Anwendung des neuen Rechts hat im laufenden Berichtsjahr zu keinerlei Problemen geführt.

3. Administration

Das Verwaltungsgericht ist gezwungen, die seit 1998 im Einsatz stehende Software TRIBUNA «2000» zu ersetzen, da diese vom Hersteller nicht mehr unterstützt wird. Der Grosse Rat hat dem entsprechenden Kredit im Rahmen der Genehmigung des Budgets 2008 zugestimmt. Die Einführung der neuen Version «V3» ist für das Jahr 2008 vorgesehen.

4. Praxis des Verwaltungsgerichtes (PVG)

Der Jahrgang 2006 ist im Berichtsjahr programmgemäss erschienen. Der Jahrgang 2007 steht in Bearbeitung und wird in der ersten Hälfte des Jahres 2008 veröffentlicht werden.

Für die Rechtsprechung wird auf die ausführliche Berichterstattung verwiesen.

Rund 80% der Urteile wurden fortlaufend auf der Homepage des Gerichtes anonymisiert veröffentlicht und gleichzeitig in die dort jederzeit zugängliche Entscheidsammlung integriert.

5. Sitzungstätigkeit

Darüber informiert die nachfolgende Zusammenstellung:

Sitzungen (S) und Augenscheine (A) des Verwaltungsgerichtes 2007

	Sitzungst- tage	(Vorjahr)	Augen- scheine	(Vorjahr)
I. Kammer: 19 S (1 ½-tägig 2, 1-tägig 2, ½-tägig 15)	12 ½	(11 ½)	3	(2)
II. Kammer: 29 S (1-tägig 5, ½-tägig 24)	17	(13 ½)	3	(1)
III. Kammer: 13 S (1-tägig 2, ½-tägig 11)	7 ½	(11)	4	(21)
IV. Kammer: 18 S (3-tägig 1, 2-tägig 3, 1-tägig 13, ½-tägig 1)	22 ½	(24)	46	(51)
Total	59 ½	(60)	56	(75)

- Das Gesamtgericht ist zu 1 Sitzung einberufen worden.
- Die Verwaltungskommission führte im Berichtsjahr keine Sitzungen durch.
- Die durchschnittliche Belastung (inklusive Aktenstudium) der nebenamtlichen Richter betrug im Berichtsjahr 36 (Vorjahr 38 ½) Tage.
- Im Berichtsjahr wurden 1 Parteiverhandlung, 2 Referentenaudienzen und 36 Zeugeneinvernahmen durchgeführt.
- Das Gericht hat in Fünfer-Besetzung entschieden:
21 Fälle (Vorjahr 20) gemäss zwingender Vorschrift,
7 Fälle (Vorjahr 11) auf Anordnung des Vorsitzenden.
- In einzelrichterlicher Kompetenz wurden 8 Fälle entschieden.

II. Rechtsprechung

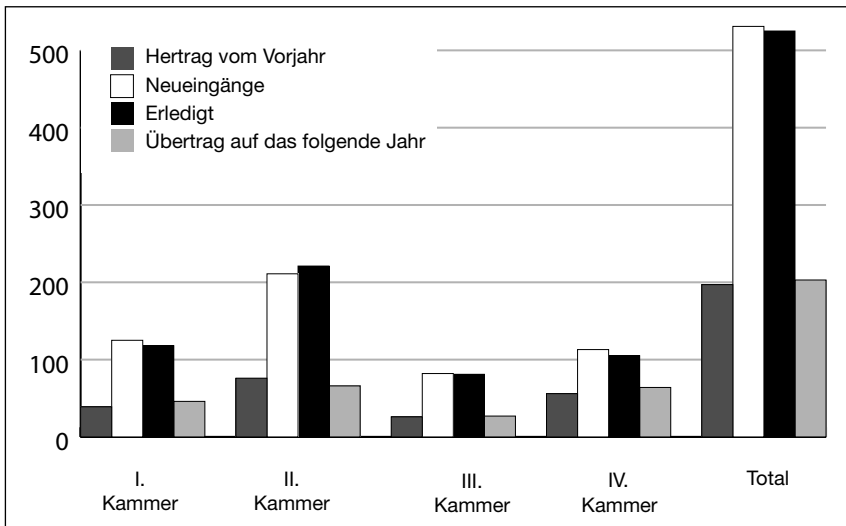
Über die Geschäftsentwicklung im Jahre 2007 und die Art der Geschäftserledigung informiert die nachstehende tabellarische Gesamtübersicht:

Geschäftsübersicht

A. Verwaltungsgericht

1. Gesamtübersicht

Kammern	I	II	III	IV	Total
Hertrag vom Vorjahr	39	76	26	56	197
Neueingänge	125	211	82	113	531
Total	164	287	108	169	728
Hievon erledigt	118	221	81	105	525
Übertrag auf das folgende Jahr	46	66	27	64	203



Von den 203 auf das Jahr 2008 übertragenen Fällen stammen 180 aus dem Jahre 2007, 23 Fälle aus dem Jahre 2006 oder früher, nämlich:

Jahr	Anzahl Fälle	Grund
2005	1	sistiert, Gutachten ausstehend
	1	sistiert, Parallelfall abwarten
2006	1	sistiert, laufendes Strafverfahren
	2	zurück von BG, neuer Entscheid nötig
	6	aufwändige Beweiserhebungen
	1	entschieden, kurz vor Mitteilung
	1	traktandiert, kurz vor Abschluss
	3	sistiert, laufende Vergleichsverhandlungen
	5	sistiert, Gutachten ausstehend
	1	sistiert, Quartierplanverfahren hängig
1	sistiert, BAB-Gesuch hängig	
Total	23	

2. Art der Erledigung

Kammern	I	II	III	IV	Total
Gutgeheissen	25	29	8	11	73
Teilweise gutgeheissen	3	4	3	4	14
Abgewiesen	69	137	30	52	288
Nicht eingetreten	3	7	5	4	19
Erledigt durch Präsidialentscheid	18	44	35	34	131
Total	118	221	81	105	525

B. Weiterzug an das Bundesgericht/Eidg. Versicherungsgericht
(in Klammern Vorjahr)

	Bundesgericht (Lausanne)		Bundesgericht (Luzern)		Total	
Pendent am 1.1.2007	10	(12)	25	(19)	35	(31)
Weiterzüge	30	(31)	36	(34)	66	(65)
	40	(43)	61	(53)	101	(96)
Hievon erledigt	34	(33)	40	(28)	74	(61)
Pendent am 31.12.2007	6	(10)	21	(25)	27	(35)
Art der Erledigung						
Gutgeheissen	2	(3)	11	(9)	13	(12)
Teilweise gutgeheissen	0	(0)	3	(3)	3	(3)
Abgewiesen	22	(25)	23	(15)	45	(40)
Nicht eingetreten	8	(4)	0	(1)	8	(5)
Rückzug/ Abschreibungen	2	(1)	3	(0)	5	(1)
Total	34	(33)	40	(28)	74	(61)

C. Dauer des Verfahrens

Über die Dauer des Verfahrens vor Verwaltungsgericht vom Eingang des Rechtsmittels bis zur Mitteilung des Entscheides gibt die nachstehende Tabelle Aufschluss:

Dauer des Verfahrens	Fälle	(Vorjahr)
bis 3 Monate	217	(186)
3 bis 6 Monate	207	(202)
6 bis 12 Monate	84	(82)
12 Monate und länger	17	(21)
Total	525	(491)

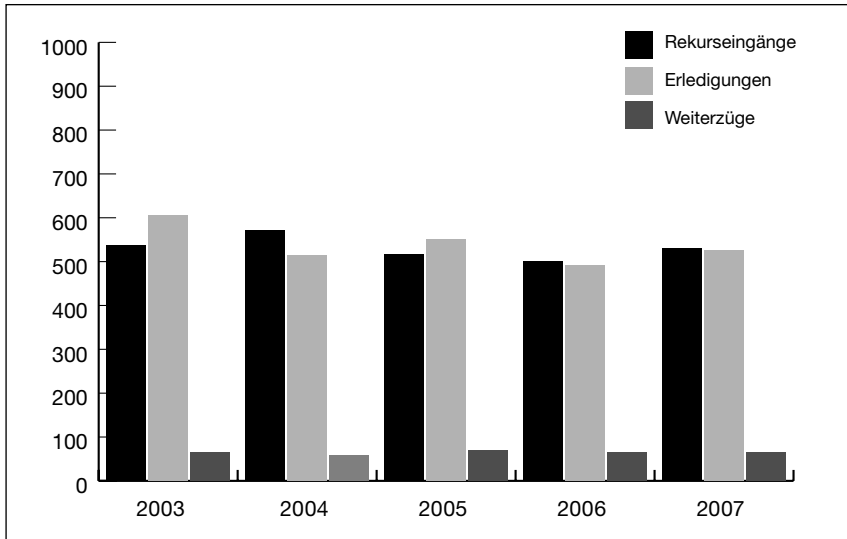
D. Kosten des Verfahrens

Über die Kosten der Verwaltungsgerichtsbarkeit informiert die nachstehende Zusammenstellung:

Entscheide	525
Einnahmen aus Staatsgebühren*	Fr. 660 501.70
Einnahmen für Kanzleiauslagen**	<u>Fr. 43 948.00</u>
Gesamteinnahmen	<u>Fr. 704 449.70</u>
Durchschnitt pro Urteil (525)	<u>Fr. 1 341.80</u>
<p>Der Gesamtaufwand der Verwaltungsgerichtsbarkeit in der Höhe von Fr. 2 207 118.95 wurde mit Einnahmen von Fr. 711 390.30 (inkl. Verkauf PVG), d.h. zu 32.2 % gedeckt.</p> <p>* In den meisten Sozialversicherungsfällen und einigen weiteren Rechtsgebieten können keine Gebühren erhoben werden.</p> <p>** Gemäss Gebührenordnung für das Verwaltungsgericht (Staatsgebühr Fr. 100.– bis Fr. 50 000.– und Ausfertigungsgebühr von Fr. 16.– je Originalseite).</p>	

E. Mehrjähriger Vergleich

Jahre	2003	2004	2005	2006	2007
Eingänge	536	572	517	500	531
Erledigungen	606	514	550	491	525
Weiterzüge	65	59	69	65	66
Sitzungstage	55	59 ½	52	60	59 ½
Augenscheine	51	59	56	75	56
Belastung der nebenamtlichen Richter in Tagen	34 ½	37	34 ½	38 ½	36



III. Einzel-Übersicht

Die nachstehende Tabelle informiert in allen interessierenden Einheiten über den Geschäftsverlauf im Berichtsjahre 2007:

	Art der Erledigung					Total
	Gut- heissung	teilweise Gut- heissung	Ab- weisung	Nicht- eintreten	Ab- schrei- bung	
Abgaberecht						
Anschlussgebühren	–	–	1	–	3	4
Benutzungsgebühren	1	–	1	–	5	7
andere Gebühren	–	1	1	–	1	3
Ersatzabgabe	1	–	1	–	–	2
Perimeter und übrige Beiträge	–	–	2	1	6	9
Nachlass- und Erbschaftssteuer	–	–	1	–	–	1
Einkommenssteuer	–	–	8	2	2	12
Sondersteuer	–	–	–	–	–	–
Vermögenssteuer	–	–	–	–	–	–
Grundstückgewinnsteuer	2	1	1	–	–	4
Handänderungssteuer	1	–	–	–	–	1
Kirchensteuer	–	–	–	–	–	–
Steuern der jur. Personen	–	–	–	–	–	–
Schenkungssteuer	–	–	–	–	–	–
Steuer gebrannte Wasser	–	–	–	–	2	2
Steuern übriges	1	–	2	2	4	9
Kurtaxen und Tourismus- förderungsabgabe	–	–	2	–	3	5
Raumordnungsrecht						
Bauen ausserhalb der Bauzonen	1	1	4	–	2	8
Baurecht	7	–	35	2	25	69
Enteignung	–	–	–	–	–	–
Landwirtschaft	1	–	3	1	1	6
Natur-, Heimat-, Denkmalschutz	–	–	–	–	–	–
Planung	3	2	14	1	5	25
Umwelt- und Gewässer- schutzrecht	–	–	–	1	3	4
Waldrecht	–	–	–	–	–	–
Sozialversicherungsrecht						
Alters-/Hinterbliebenen- versicherung	–	–	2	1	1	4

	Art der Erledigung					Total
	Gut- heissung	teilweise Gut- heissung	Ab- weisung	Nicht- eintreten	Ab- schrei- bung	
Arbeitslosenversicherung	9	3	35	1	2	50
Berufliche Vorsorge	9	1	2	–	5	17
Invalidenversicherung	18	2	52	3	18	93
Krankenversicherung	–	–	16	–	5	21
Militärversicherung	–	–	1	–	1	2
Unfallversicherung	5	–	28	1	5	39
übrige Sozialversicherung	–	–	3	–	–	3
Übriges Verwaltungs- und Verfahrensrecht						
Submissionen	2	–	27	2	7	38
Fremdenpolizei	2	2	8	–	2	14
Gesundheitswesen	–	–	2	–	–	2
Gewerbepolizei	–	–	–	–	2	2
Grundbuch	–	–	–	–	–	–
Konzessionen	2	–	2	–	–	4
übrige Polizei	1	–	3	–	–	4
Personalrecht	1	–	4	–	–	5
Anwalts- und Notariatsrecht	–	–	–	–	–	–
Strassenrecht	–	–	2	–	2	4
amtliche Schätzung	–	–	–	–	–	–
Politische Rechte	–	–	–	–	–	–
Opferhilfe	–	–	3	–	–	3
Katastrophenhilfe	–	–	–	–	2	2
Gebäude- und Elementar- schäden	–	–	–	–	–	–
Grundstückwerb durch Per- sonen im Ausland	–	–	–	–	1	1
Erziehung und Kultur	–	–	2	–	2	4
Aufenthalt, Niederlassung, Bürgerrecht	1	–	3	–	–	4
Sozialhilfe	2	1	6	–	2	11
Unentgeltliche Rechtspflege	1	–	3	–	6	10

	Art der Erledigung					Total
	Gut- heissung	teilweise Gut- heissung	Ab- weisung	Nicht- eintreten	Ab- schrei- bung	
Wasserwirtschaft	-	-	-	-	-	-
öffentliche Dienste	-	-	-	-	-	-
öffentliche Sachen	2	-	4	-	3	9
sonstiges Verwaltungsrecht	-	-	-	1	-	1
Verfassungsrecht						
Abstrakte Normenkontrolle	-	-	1	-	2	3
Politische Rechte	-	-	3	-	1	4
Autonomie	-	-	-	-	-	-
TOTAL	73	14	288	19	131	525

IV. Kenntnisnahme Berichte Schlichtungsstelle und Schiedsgericht SVR

Das Verwaltungsgericht hat von den Jahresberichten 2007 der kantonalen Schlichtungsstelle SVR vom 15. Januar 2008 und des kantonalen Schiedsgerichtes SVR vom 16. Januar 2008 Kenntnis genommen.

Wir ersuchen Sie um Genehmigung des Rechenschaftsberichtes 2007 und versichern Sie, sehr geehrter Herr Landespräsident, sehr geehrte Damen und Herren, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Verwaltungsgericht des Kantons Graubünden

Der Präsident: Der Aktuar:
Dr. Joh. M. Schmid *Hp. Passini*